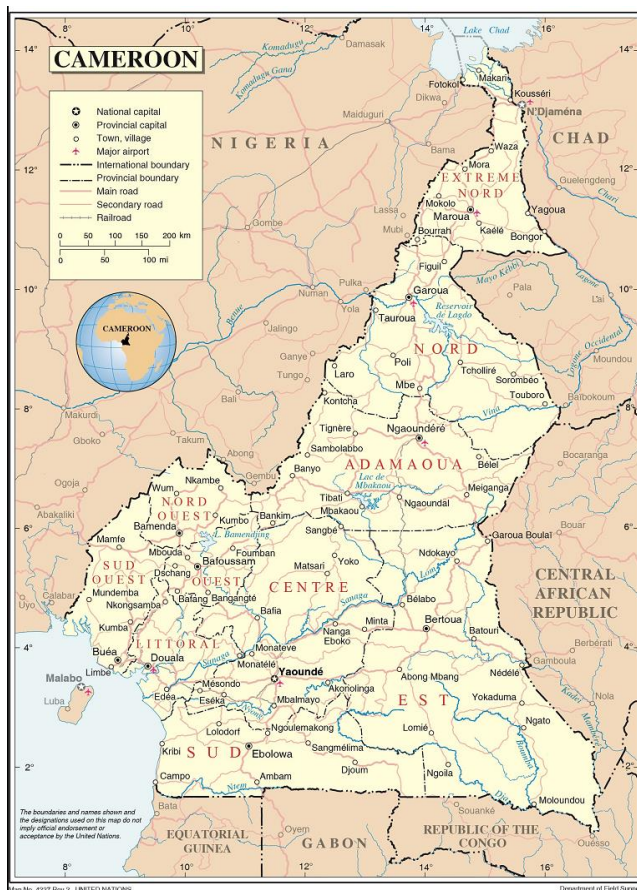


Factsheet Kamerun

Stand: September 2022

1 Facts & Figures



Karte: [UN](#), 2015

im Oktober 2018 eine siebte Amtszeit. Er erhielt [71 Prozent der Stimmen](#), die Wahlbeteiligung war niedrig und die Korrektheit der Wahl wurde angezweifelt. Seine Partei *Rassemblement démocratique du Peuple Camerounais* (RDPC) gewann bei den Parlamentswahlen [2020](#) eine absolute Mehrheit. [Korruption](#) hat System und Bestechung ist in allen Lebensbereichen an der Tagesordnung. Kamerun nimmt im Korruptionswahrnehmungsindex den Platz [144 von 180](#) (2021) ein.

2 Risikoprofile

- **Menschenrechtsaktivist*innen**, Bedrohungen, Gewalt, Angriffe
- **Medienschaffende**, insbesondere Berichte über die anglophonen Regionen und kritische Berichterstattung werden unterdrückt, Bedrohungen, Verhaftungen, Einschüchterungen

Bevölkerung. [27.9](#) Millionen; über [200 ethnische Gruppen und 250 Sprachen](#); Französisch und Englisch sind Amtssprachen.

Die Bevölkerung Kameruns ist jung. Mehr als [zwei Fünftel](#) der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt; mehr als [zwei Drittel](#) sind unter 30 Jahre alt.

Religion. [38,3 %](#) bezeichnen sich als römisch-katholisch, [25,5 %](#) als protestantisch und [24,4 %](#) als Muslime; etwa [5 %](#) bezeichnen sich entweder als Animist*innen oder als nicht religiös (Schätzungen, 2018)

Präsidentiales Machtmonopol. Kamerun ist eine Präsidialrepublik, die von Paul Biya dominiert wird. Er hat seit [1982 das Präsidentenamt](#) inne. Er kann den Premierminister und das Kabinett ernennen und hat grossen Einfluss auf das Justizsystem. Biya ist auch Oberhaupt der Streitkräfte. Viele politische Massnahmen werden per [Dekret des Präsidenten](#) verabschiedet. [2008](#) wurde die Begrenzung der Amtszeit des Präsidenten durch eine Verfassungsänderung abgeschafft. Präsident Paul Biya gewann bei den Präsidentschaftswahlen

- **Kritiker*innen** werden unter dem 2014 eingeführten Anti-Terrorismus-Gesetz oder wegen Verbreitung «falscher Nachrichten» strafrechtlich verfolgt
- **Politisch Oppositionelle**, Einschüchterungen, Verhaftungen, Folter
- Tatsächliche und mutmassliche **anglophone Separatist*innen**
- **«Kollaborateure» der Regierung** in den anglophonen Regionen, darunter Lehrkräfte, Student*innen, politische und kirchliche Führer*innen, Gesundheitspersonal oder humanitäre Helfer*innen
- **Ethnische und linguistische Minderheiten**
- **LGBTIQ** strafrechtliche Verfolgung, Verhaftungen, Erpressungen, Zunahme von Gewalt gegen LGBTIQ, Homophobie
- **Frauen**, häusliche Gewalt und Vergewaltigungen weit verbreitet, traditionelle schädliche Praktiken (auch gegen Witwen), FGM ([1.4%](#) der Frauen betroffen), «Breast Ironing», Benachteiligung unter Gewohnheitsrecht
- **Kinder**, Zwangsrekrutierung von bewaffneten Gruppen, Kinderarbeit, «early marriage», Zwangsheirat
- **Opfer von Menschenhandel** für Zwangsarbeit und Prostitution

3 Jüngste Entwicklungen

Krieg in den anglophonen Regionen Nordwest und Südwest. Lehrkräfte, Studierende und Anwält*innen initiierten [2016 Proteste](#) für mehr kulturelle und soziale Rechte der anglophonen Bevölkerung und gegen die wirtschaftliche Marginalisierung der anglophonen Regionen *Nordwest* und *Südwest*. Die Regierung und die Sicherheitskräfte reagierten mit massiver Gewalt und Massenverhaftungen auf die Proteste und die separatistischen Gruppen griffen zu den Waffen. Sie forderten die Schliessung der Schulen und schworen, die englischsprachigen Regionen unregierbar zu machen. 2017 riefen Separatisten den neuen Staat «Ambazonia» aus, was zu einer Intensivierung des Konfliktes und einer Zunahme von Übergriffen auf die Zivilbevölkerung führte. Sowohl die untereinander konkurrierenden separatistischen Gruppen wie auch die kamerunischen Sicherheitskräfte verüben zahlreiche Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung. Personen, die gegen die von den separatistischen Gruppen auferlegten wirtschaftlichen und politischen Boykotte zu verstossen scheinen, werden verfolgt, bedroht und getötet. Der Krieg hat zu zahlreichen Schliessungen von Schulen, Universitäten und Gesundheitseinrichtungen in den anglophonen Regionen geführt. Separatistische und kriminelle Gruppen nutzen vermehrt die Unsicherheit, um mit [Entführungen](#) und Lösegelderpressungen Einnahmen zu generieren. Seit Beginn des Krieges sind in den anglophonen Regionen [6000 Menschen](#) ums Leben gekommen, [600'000](#) wurden intern vertrieben und über [77'000](#) sind nach Nigeria geflüchtet (August 2022).

Boko Haram und Islamic State West Africa Province (ISWAP), in der Region Far North. Die islamistische terroristische Gruppe Boko Haram ist auch in Kamerun insbesondere in der Region *Far North* an der nigerianischen Grenze aktiv. [2014](#) entsandte Präsident Biya Truppen in die Region und erklärte Boko Haram den Krieg. Der mutmassliche Tod von [Abubakar Shekau](#), dem Anführer von Boko Haram, im Mai 2021 bei einer Konfrontation in Nigeria mit der Splittergruppe *Islamic State West Africa Province* (ISWAP), trug dazu bei, den Einfluss der ISWAP zu stärken und die Unsicherheit in *Far North* zu erhöhen. Beide Gruppen verüben [Angriffe](#) auf lokale Gemeinden und entführen Zivilpersonen.

Ethnische und interkommunale Gewalt. Die heftig umstrittenen Präsidentschaftswahlen 2018 haben neue politische Spannungen ausgelöst, die durch eine [ethnische Komponente](#)

verstärkt und in sozialen Medien mit entsprechenden Hassreden und Fehlinformationen geschürt werden. Die politischen Auseinandersetzungen zwischen Anhänger*innen des Präsidenten unter der RDPC und diejenigen des wichtigsten Oppositionsführers Maurice Kamto unter dem *Mouvement pour la Renaissance du Cameroun* (MRC) werden auch als ein Kampf um Macht zwischen Biyas Bulu-Gruppe und den ethnischen Beti auf der einen Seite und Kamtos Bamileke-Gemeinschaft auf der anderen Seite eingeschätzt. Es kommt auch zu Spannungen zwischen ethnischen Gemeinschaften auf lokaler Ebene. In der Region *Far North* wurden im Dezember 2021 bei [Zusammenstössen](#) zwischen arabischen Shoa-Hirten und Massa-Bauern und Mousgoum-Fischern mindestens 44 Menschen getötet, 100'000 vertrieben und 112 Dörfer niedergebrannt. In der Region *Nordwest* kam es 2021 zu tödlichen Spannungen zwischen den muslimischen Mbororo/Fulani-Hirten und christlichen Bauern.

Vertreibung und humanitäre Katastrophe. UNHCR ging im September 2022 von knapp [einer Million](#) intern Vertriebener aus. Nach Angaben des [Internal Displacement Monitoring Center](#) hat sich die Gesamtzahl der Vertreibungen in Kamerun von 2019 auf 2020 fast verdoppelt. Darüber hinaus beherbergt Kamerun [477'228](#) Flüchtlinge und Asylsuchende aus Nigeria, der Zentralafrikanischen Republik und aus anderen Ländern. Die humanitäre Lage hat sich kontinuierliche verschlechtert. Die UN ging für Juni bis August 2022 von [2.4 Millionen](#) Menschen aus, die von Ernährungsunsicherheit betroffen sind. Die Region *Far North* und die anglophonen Regionen sind dabei besonders betroffen.

4 Vorgehen des Staates gegen Kritiker*innen

Das Anti-Terrorismus Gesetz von 2014 wird gegen Kritiker*innen und zivilgesellschaftliche Organisationen eingesetzt, zivilgesellschaftliche Organisationen wurden verboten. Das [Anti-Terrorismus Gesetz](#) wird zur Einschränkung der Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit eingesetzt. Verschiedene zivilgesellschaftliche Organisationen wurden verboten. Ebenso hat die Regierung in den anglophonen Regionen den Ausnahmezustand ausgerufen und Ausgangssperren verhängt.

Willkürliche Haft. Neben mutmasslichen [anglophonen Separatist*innen und Zivilpersonen](#) werden auch politische Oppositionelle [willkürlich verhaftet](#). Ende September 2020 wurden [593](#) Zivilpersonen bei friedlichen Protesten der Oppositionspartei *Mouvement pour la Renaissance du Cameroun* (MRC) verhaftet. Ende 2021 waren [124](#) von ihnen immer noch in Haft.

Untersuchungshaft auf unbestimmte Zeit, harte und lebensbedrohliche Haftbedingungen, Folter und Misshandlungen in Haft. Von den [31'815 Inhaftierten](#) waren im September 2021 insgesamt [18'437](#) Untersuchungshäftlinge. Die Haftbedingungen sind notorisch schlimm; Menschenrechtsorganisationen weisen auf Überbelegung, Nahrungsmittelknappheit, physischem Missbrauch, Folter, unzureichenden sanitären Einrichtungen und mangelhafter medizinischer Versorgung hin.

Wahllose Gewalt, Folter und Vergewaltigungen, Tötungen, Verschwindenlassen. Die Regierungskräfte wenden insbesondere in den anglophonen Regionen [wahllos Gewalt](#) an, einschliesslich der vollständigen Zerstörung von über 100 Dörfern. Zudem haben Mitglieder der Regierungskräfte Zivilpersonen vergewaltigt und gefoltert. Angehörigen der Regierungstruppen werden auch [extralegale Tötungen und Verschwindenlassen](#) vorgeworfen.

Straffreiheit. Übergriffe der Sicherheitskräfte werden selten [strafrechtlich verfolgt](#).

5 Praxis Schweizer Behörden

Zahlen des SEM für 2022 (bis August 2022). Anerkennungsquote 17.1%; Schutzquote 48.8% (Positiv + VA)